

You may say I'm a dreamer...

Die Frohe Botschaft und die harte Realität



Standpunkte der Kommende Dortmund 2025

Editorial

Das Lied war die Hymne der Friedensbewegung der 70er: John Lennons „Imagine“ aus dem Jahre 1971. Kein harter Techno, vielmehr sanfter Pop – ein Traum von einer Welt in Einheit und Frieden, in der die Ländergrenzen aufgehoben sind, ohne Besitztümer, Habgier, Hunger. Lennon lädt dazu ein, mitzuträumen und hofft auf viele, die dazukommen: „Vielleicht nennst du mich einen Träumer, / aber – ich bin nicht der Einzige. / Ich hoffe, dass du eines Tages dazugehörst wirst / und die Welt eins wird.“

Ist die Hoffnung der Friedensbewegung ausgeblüht? War alles nur naive Illusion? Schaut man auf das Jahr 2025 zurück, spricht vieles dafür. Der Traum von – ein „bisschen“ – Frieden ist zerschellt an der harten Realität. Die Einladung zu einer Welt, die allen ein lebenswertes Dasein ermöglicht, ist ausgeschlagen. Auferstanden sind stattdessen nationale und wirtschaftliche Interessen und Sicherheiten, abgeschottete Märkte statt globale Kooperation, Nachbarstaaten werden in ungehemmter Brutalität angegriffen. Die soziale Ungleichheit wächst. Die Lösung der Klimakrise muss warten. Es dominieren kaum hinterfragt egoistische (Gruppen-)Interessen.

Der Konflikt von Interesse und Prinzip ist nicht neu. In der harten Realität muss das Prinzip dem Interesse mit Blick auf das „Mögliche“ und die „Ressourcen“ weichen. Die Kunst des menschlichen Fortschritts ist es, beides in Balance zu halten: die Utopie der besseren Welt mit den faktischen Möglichkeiten der Umsetzung, der kleinen und großen Schritte in lebenswerte Zukunft für alle.

In dieser Spannung steht auch die christliche Sozialethik. Und die aktuelle Herausforderung

ist es, in den gegenwärtigen Krisen die grundlegenden Prinzipien der Menschenwürde und des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und des guten Lebens für alle, der Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit ins Gespräch zu bringen.

Die Stand•PUNKTE des vergangenen Jahres, die im zweiwöchigen Rhythmus immer donnerstags von den Dozent:innen des Sozialinstituts Kommende Dortmund auf unserer Homepage veröffentlicht werden, spiegeln diese Spannung. Kurz, fokussiert und meinungsstark kommentieren sie politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Jahr 2025. Aus sozialer Orientierung zielen sie darauf, neue Perspektiven in die harte und umstrittene Realität einzubringen. Die hier vorlegte Sammlung bietet dabei einen Rückblick auf ein bewegendes Jahr mit einer Auswahl von zwölf Stand•PUNKTEN, nicht chronologisch, sondern thematisch zusammengefasst.

Die Kommentare entwickeln keine großen Visionen. Sie positionieren sich in konkreten Herausforderungen. Für das Gelingen der notwendigen Transformationen und Kehrtwenden sind die kleinen Schritte trotz dramatischer Zeitknappheit zentral. Der Soziologe Armin Nassehi hat jüngst in einem Essay „Kritik der großen Geste“ den lauten und emphatischen Ruf nach der großen Transformation in Frage gestellt. Übersehen werde die Widerständigkeit des Alltags, die er als „konservativen Bezugsrahmen“ beschreibt. Er plädiert für eine Logik der kleinen Schritte und ein anderes Nachdenken über Transformation angesichts der gesellschaftlichen Realitäten. Solche kleinen Schritte wären auch wichtig, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken in ihre Fähigkeiten, zu

konkreten Lösungen der drängenden Herausforderungen zu kommen. Folgt man der Analyse des Soziologen, sind die großen Gesten, Visionen und Träume schlicht realitätsfern.

Dieser Vorwurf der Realitätsferne ist durchaus plausibel. Um in krisenhaften Situationen und Interessenkonflikten, etwa im betrieblichen oder parlamentarischen Alltag, zu realistischen und konstruktiven Lösungen zu kommen, ist die Aushandlung der jeweiligen Interessen und Wahrnehmung der Bedürfnisse hinter den Interessen alternativlos. Nur so kommt man ins Handeln angesichts der harten Realität, werden gegenseitige Blockaden aufgelöst, kann die widerspenstige Realität in kleinen Schritten verändert werden.

Und doch berücksichtigt eine solche Alltagstauglichkeit nur die halbe Wahrheit. Der reine Interessenausgleich ist oft ein vorübergehender, fauler Kompromiss. In der Erfahrung diktiert der „Mächtigere“ – in unserem politischen System die demokratische Mehrheit – den Kompromiss, wie aktuell im Verfall von Politik und Diplomatie zum „Deal-Making“ zu beobachten. Was in „Deals“ fehlt, ist die Besinnung auf gemeinsam getragene Ziele und geteilte Werte, in deren Rahmen Kompromisse gefunden werden. Und denen sich auch die „Mächtigen“ verpflichtet wissen bzw. auf die sie durch Verfassung und Gesetze oder durch ein geteiltes Ethos verpflichtet werden. Dies gilt zumal, wenn es um Interessen und Rechte von Minderheiten oder öffentlicher Güter wie dem Klima geht. Auch dies ist eine aktuelle Erfahrung: erst durch die Einbettung in einen prinzipiellen Rahmen wird der Interessenausgleich fair und zukunftsfähig.

Es braucht eben auch die Vorstellung, Visionen, den Traum, hinter dem sich Menschen versammeln können. Die Dramatik unserer beschleunigten, atem- und ruhelosen Zeit liegt womög-

lich darin, dass diese Träume keinen Raum mehr finden. „Wer träumen will, muss schlafen!“. So kommentierte Peter Kardinal Turkson während eines Forums auf dem Stuttgarter Katholikentag 2022 den Traum von einer friedlichen Welt. Etwas flapsig dahingeworfen, ist sein Appell doch ziemlich ausgeschlafen. In der alltäglichen Geschäftigkeit fehlen die Auszeiten des Nachsinnens: wozu die Betriebsamkeit, wohin wollen wir, wonach sehnen wir uns? Träume, Sehnsüchte und Werte brauchen interesselose Orte. Sie brauchen Zeiten der Muße – sei es in religiöser Besinnung, der Betrachtung eines Kunstwerkes oder dem Hören von Musik. Man muss ihnen Raum und Zeit geben, bereit sein, sie zuzulassen. Geschäfte machen und Geschäftigkeit sind Gift für die Sehnsucht nach einer besseren Welt, nach mehr Gerechtigkeit, nach mehr Zusammenhalt, nach mehr Frieden. Im Schlaf kommen die Träume, findet die Sehnsucht Zeit und Raum; findet auch die Herrschaft über Zeit und Raum ihr Korrektiv.

Imagine von John Lennon steht beispielhaft für die Kraft, Träume entwickeln können, wenn viele Menschen mitträumen. Es ist ein wagnisreicher, gefährlicher Weg. Aber bei allem Realismus wohl der Ausgangspunkt, unsere Gesellschaft gerecht zu gestalten.

Auf ein friedliches Jahr 2026!

Detlef Herbers

Direktor Sozialinstitut Kommende Dortmund

Inhalt

Imagine: Zusammenhalt statt Hass und Hetze 06

Wir sagen Zusammen:halt!	07
Versöhnung und Versprechen	08
„Was uns zusammenhält“ – mehr als nur ein Feiertag	09

Imagine: Faire Arbeitswelt statt Profit um jeden Preis 10

Mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder	11
Arbeit prägt Gesellschaft	12
Bessere Bildungschancen für Heim- und Pflegekinder	13

Imagine: Solidarität statt Gleichgültigkeit 14

Housing first – Für alle	15
Solidarität heißt nicht Gefolgschaft, Freundschaft braucht Kritik	16
Der Mythos des schnellen Reichtums	17

Imagine: Klimagerechtigkeit statt Ignoranz 20

Tempolimit! Ja bitte! Und schnell!	21
Klima-Auszahlungen: Eine Chance für soziale Marktwirtschaft?	22
Es geht um die Wurst	23

Impressum	24
-----------	----



Imagine

Zusammenhalt statt
Hass und Hetze

Wir sagen Zusammen:halt!

Warum die Kampagne des Erzbistums Paderborn für Frieden und Demokratie, gegen Extremismus gerade im Vorfeld der Bundestagswahl ein wichtiges Zeichen ist, erläutert Robert Kläsener im Stand•PUNKT.

Am 29. Januar 2025 wurde der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Entschließungsantrag zur Verschärfung der deutschen Migrationspolitik im Deutschen Bundestag mit Stimmen von CDU/CSU, FDP, AfD und parteilosen Bundestagsmandatsträgern verabschiedet. Seitdem überschlagen sich die Artikel und Kommentare zum Fall der „Brandmauer“ zwischen CDU und AfD. In der hitzigen Debatte darüber, ob Friedrich Merz der „Sündenfall nun immer begleiten wird“ (Rolf Mützenich) oder ob wir bald österreichische Verhältnisse bei den Koalitionsverhandlungen haben, geht die Frage nach dem Wesentlichen verloren.

Eine Gesellschaft lebt von ihrer Vielfalt, aber auch vom Gemeinsinn. Mit der Kampagne „WIR SAGEN ZUSAMMEN:HALT!“ des Erzbistums Paderborn setzt Erzbischof Udo Markus Bentz in diesen Tagen ein bemerkenswertes Zeichen – genau zum richtigen Zeitpunkt. Zusammenhalt bedeutet nicht, dass alle derselben Meinung sein müssen. Diskussionen und auch Streit um die richtige Position gehören elementar zu einer Demokratie! Aber: Dabei darf nie der Respekt im Umgang miteinander und das gemeinsame Arbeiten an den Lösungen gesellschaftlicher Herausforderungen verloren gehen. Der Aufruf des Erzbischofs plädiert dafür, sich gemeinsam für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu engagieren und zusammen „Halt!“ zu sagen, wenn unsere christlichen Grundwerte wie die

Menschenwürde in Gefahr sind. Ähnlich verhielt es sich bereits im Februar 2022 als sich die Deutsche Bischofskonferenz mit der Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ klar gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus positionierte sowie die eindeutige Unvereinbarkeit christlicher Werte mit den Positionen der AfD und vor allem die „Unwählbarkeit“ dieser Partei aufzeigte.

Eine Demokratie lebt nicht vom Verfassungstext allein, sondern von Demokrat:innen, die sich für ihren Erhalt einsetzen und sich engagieren! Denn: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, wie ein Blick auf viele andere Länder mit autoritären Regimen zeigt. Bleibt zu hoffen, dass wir uns bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 auf das Wesentliche, nämlich den Einsatz für Frieden, Demokratie und gegen Extremismus besinnen und keine populistischen Forderungen am Wahlabend triumphieren. Aber nicht nur an der Urne, sondern auch im Alltag haben wir als Gesellschaft immer wieder die Chance – und auch die Pflicht – „ZUSAMMEN:HALT!“ zu sagen.

06. Februar 2025 – Robert Kläsener

Versöhnung und Versprechen

Nach der Bundestagswahl braucht es Politiker, die Architekten sind – und gern auch auf Propheten hören, meint Peter Klasvogt im Stand•PUNKT.

„Wir brauchen Architekten, nicht nur Feuerwehrleute.“ Die Erkenntnis des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors möchte man auch heute den Wahlkämpfenden dieses Landes zurufen. Denn wenn in wenigen Tagen die Bundestagswahl entschieden ist und aus Feinden, wenn nicht Freunde, so doch zumindest Koalitionäre werden (müssen), braucht es jenseits des technokratischen Interessenausgleichs und aller parteipolitischen Differenzen den Schulterschluss all derer, die noch eine Vision für ein in seiner kulturellen Vielfalt geeintes Deutschland haben.

Man darf mit Recht erwarten, dass sich die politischen Verantwortungsträger nach all den ehrverletzenden Äußerungen und manch menschlich unwürdigem Verhalten – im Parlament, auf der Straße, in den Medien – ihrer politischen Verantwortung bewusst sind und den an sie gerichteten Erwartungen gerecht werden; dass sie Haltung zeigen und dem eigenen moralischen Kompass folgen, gerade auch gegenüber einer Anspruchsgesellschaft, die zunehmend in Singularitäten auseinanderfällt. „Versöhnung und Versprechen“ (Hannah Arendt) ist die Devise; denn ohne Versöhnung bleibt eine Gesellschaft gespalten, und ohne verbindliche Versprechen entsteht kein Vertrauen in eine verlässliche Politik.

Gerade als Antwort auf eine raumgreifend übergreifende Arroganz der Macht, die aus den USA herüberschwappt, sollten wir dem Trump'schen „great again“ selbstbewusst unser deutsches und europäisches Gegenmodell einer menschen-

freundlichen Wertegemeinschaft entgegenhalten. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ sind ja nicht nur lautstark intonierte Ideale, beschworen vor allem zu sportlichen Anlässen. Sie wären auch heute gültige Parameter für ein Gesellschaftsmodell, in dem die Balance zwischen Einheit und Freiheit, Gemeinwesen und Individualität je neu austariert und der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit hochgehalten werden muss, womit wir im Ländervergleich punkten können. Darauf zielte auch das Wort Jacques Delors' von der „Seele Europas“, mit dem er eindringlich auf die ethische Verantwortung der politisch Handelnden abgehoben hat. Ihnen sei nach der Bundestagswahl, sofern sie dann noch im Amt sind, ein Buch empfohlen mit dem schönen Titel: „So wahr mir Gott helfe: Vertrauen, Verantwortung, Zuversicht“. Zugegeben, das Interview-Buch von 2011 mit der damaligen Kanzlerin Merkel hat schon etwas Patina angesetzt. Doch wenn unser Land denn irgendwie wieder aus der Krise kommen sollte, braucht es dafür eine neue Erzählung von visionärer – und ja, auch religiöser – Kraft: die Bereitschaft, sich inspiriert und engagiert in den Dienst nationaler Einheit und Versöhnung zu stellen, als Blaupause für eine globale, ganzheitliche menschliche Entwicklung, damit die Menschheit – nicht nur in unserem Land – eine Zukunft hat. Dazu braucht es allerdings Politiker, die Architekten sind – und gern auch auf Propheten hören ...

20. Februar 2025 – Dr. Peter Klasvogt

„Was uns zusammenhält“ – Mehr als nur ein Feiertag

35 Jahre Wiedervereinigung sind mehr als ein Festtag und gehen weit über nostalgisches Erinnern hinaus, meint Raphael Röwekamp im Stand•PUNKT.

35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es leicht, in vielen Festakten Erfolg und Misserfolg zu betonen. Schwerer ist es, ehrlich zu fragen: Was hält uns heute wirklich zusammen? Die Kampagne des Erzbistums Paderborn – „Feiern wir, was uns zusammenhält“ – fordert eine Antwort, die über nostalgisches Erinnern hinausgeht.

Zusammenhalt ist kein Besitzstand. Er wächst, wenn Menschen erfahren: Ich werde gesehen, gehört und ernst genommen. Deutsche Einheit ist deshalb nie nur ein politischer Akt von 1990, sondern ein sozialer Prozess, der bis heute anhält. Wo Ungleichheit besteht – zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich – ist Einheit gefährdet. Wer feiern will, muss zugleich hinschauen, wo Menschen abgehängt werden.

Das Sozialinstitut Kommende Dortmund erinnert daran: Einheit braucht Gerechtigkeit. Ökonomische Kluften bei Chancen, Vermögen oder Infrastruktur sind nicht Nebensache, sondern Kernfragen des Zusammenhalts. Solidarität ist mehr als ein Gefühl – sie braucht faire Strukturen. Ohne sie bleibt „Einheit“ eine Worthülse. Wie schon der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem berühmten Diktum postulierte, lebt der Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das gilt auch für die deutsche Einheit: Sie lebt von Vertrauen, Rücksicht auf vergangene

Erfahrungen und gegenseitiger Anerkennung – Voraussetzungen jenseits staatlicher Macht. Diese Haltungen können nicht verordnet werden, sie müssen eingeübt werden – im Alltag, in Nachbarschaften, Schulen und Betrieben. Wo dieses Fundament erodiert, helfen weder Verfassungsartikel noch Jubiläumsfeiern.

Doch Einheit darf nicht auf nationale Grenzen verengt bleiben. Migration, Klimawandel und digitale Umbrüche stellen uns vor Aufgaben, die wir nur gemeinsam lösen können. Die Erfahrung von 1989/90 zeigt: Wandel ist möglich, wenn Mut, Hoffnung und Perspektivwechsel zusammentreffen. Diese Kraft gilt es heute neu zu mobilisieren – nicht gegen andere, sondern für eine offene, solidarische Gesellschaft. „Feiern wir, was uns zusammenhält“ – das heißt: die Voraussetzungen der Einheit stärken. Verantwortung übernehmen, wo Spaltungen wachsen. Gerechtigkeit schaffen, wo Chancen fehlen. Und begreifen, dass Einheit und Zusammenhalt nur da tragen, wo Menschen ihn mit Haltung und Überzeugung leben. Erst dann wird der Feiertag mehr als Erinnerung – er wird zum Auftrag.

03. März 2025 – Raphael Röwekamp

Imagine

Faire Arbeitswelt statt
Profit um jeden Preis

Mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder

Warum wir unseren Kindern, die in einem „superdiversen“ Umfeld aufwachsen, eine Reform des Bildungssystems schuldig sind, erläutert Robert Kläsener im Stand•PUNKT.

Bildung ist ein gesellschaftliches Gut – auch wenn neoliberale Stimmen immer wieder auf die individuelle Verantwortung jedes Einzelnen für den eigenen Bildungserfolg plädieren. Im Artikel 3 des Grundgesetzes ist festgeschrieben, dass niemand aufgrund seiner Herkunft benachteiligt werden darf. Die Verantwortung für Bildungschancen liegt in den Händen aller. Dabei müssen Kinder und ihre Lebensrealitäten stärker in den Blick genommen werden, als das bislang passiert. Der Soziologe Aladin El-Mafaalani spricht in diesem Zusammenhang von „Superdiversität“.

In Grundschulen westdeutscher Großstädte haben bis zu 75 % der Kinder einen Migrationshintergrund und besitzen familiäre Wurzeln in über 50 Ländern mit 23 Muttersprachen. Die migrationsbezogene Diversität innerhalb einer Grundschulklasse übersteigt regelmäßig die Diversität eines international agierenden Unternehmens in derselben Stadt. Für die Kinder ist dies selbstverständlich und eine große Ressource. Im Bildungssystem für Kitas und Schulen wird jedoch weiterhin von homogenen Kindheiten in Bezug auf Sprache, Familienkonstellationen, Religiosität, ethnische und kulturelle Herkunft ausgegangen und superdiverse Kindheiten werden ignoriert. Dadurch werden wir den Bedarfen unserer Kinder nicht gerecht! Während privilegierte Kinder durch Nachhilfestrukturen und sonstige Förderung die

Schwächen des Bildungssystems auffangen können, besitzen Kinder aus verfestigten Armutsstrukturen diese Möglichkeiten nicht. Daher ist es nicht nur eine Frage der Verantwortung gegenüber den Kleinsten unserer Gesellschaft, sondern vor allem auch eine Frage der (Bildungs-)Gerechtigkeit, das Bildungssystem zu reformieren.

Einige Vorschläge für eine Reform des Bildungssystems, das die Realitäten der Kinder berücksichtigt, finden sich im folgenden Buch: Aladin El-Mafaalani, Sebastian Kurtenbach, Klaus Peter Strohmeier: Kinder – Minderheit ohne Schutz. Aufwachsen in der alternden Gesellschaft, Köln 2025.

17. April 2025 – Robert Kläsener

Arbeit prägt Gesellschaft

Warum es trotz aktueller Krisenbewältigungsdebatten wichtig ist, auf unser Verständnis von täglich geleisteter Arbeit zu schauen, diskutiert Gregor Christiansmeyer im Stand•PUNKT.

Heute ist der Tag der Arbeit – oder in NRW der Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde. Schon lange sind die gewerkschaftlichen Mai-Kundgebungen nicht mehr das gesellschaftlich prägende Element an diesem Tag. 2025 schaut die Bundesrepublik eher gespannt auf die neue Bundesregierung.

Auch wenn die meisten Themen der öffentlichen Koalitionsdebatten andere Bereiche, wie den Umgang mit Donald Trump oder Schlagworte wie Staatsmodernisierung und Finanzierungsvorbehalt betrafen, schafften es mit dem Mindestlohn und der Wochenarbeitszeit doch zumindest zwei „arbeitsrelevante“ Themen in die Schlagzeilen.

Jenseits der Schlagzeilen täte die Bundesrepublik aber gut daran, andere Dimensionen von Arbeit in das Scheinwerferlicht zu rücken und wiederzuentdecken: Anders als Begrifflichkeiten, wie Work-Life-Balance, suggerieren, sollte Arbeit kein Gegensatz zu, sondern integraler Teil eines würdigen Lebens sein. Dabei gilt es, unterschiedliche Arbeitsrealitäten zwischen Prekarität und Digitalität anzuerkennen und Arbeitszusammenhänge

mehr als Räume der Begegnung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Positionen zu fördern.

Die italienische Verfassung beginnt mit dem Satz „Italien ist eine demokratische Republik, begründet auf der Arbeit.“ (it. L'Italia è una Repubblica democratica, fondata sul lavoro.) – das Wiederentdecken eines hier skizzierten Zusammenhangs von (guter) Arbeit und Demokratie böte auch für die Bundesrepublik neue Potenziale zur Auseinandersetzung über gesellschaftlichen Zusammenhalt; auch wo diese Prozesse aktuell schwierig und schmerzhaft erscheinen. Arbeitszusammenhänge sind stets im Umbruch – ob zum Schlechteren oder Besseren, haben wir nicht nur an diesem Tag in der Hand.

01. Mai 2025 - Gregor Christiansmeyer

Bessere Bildungschancen für Heim- und Pflegekinder

Gewalt oder Vernachlässigung in der Herkunftsfamilie sind für Heim- und Pflegekinder eigentlich schon belastend genug. Hinzu kommt, dass sie auch vom Bildungssystem benachteiligt werden. Welche Hilfen es braucht, schreibt Claudia Schwarz im Stand•PUNKT.

Bildungserfolg hängt in Deutschland immer noch stark davon ab, in welcher Familie und sozialen Schicht jemand aufwächst. In Deutschland leben etwa 250.000 Kinder und Jugendliche außerhalb ihrer Herkunftsfamilie. Oft, weil sie dort Gewalt oder Vernachlässigung erfahren haben. An sich schon Herausforderung genug. Diese traumatischen Erlebnisse und das teilweise Fehlen sozialer Beziehungen erweisen sich für diese Kinder als Hürden. Neben dieser emotionalen Belastung legt ihnen auch das Bildungssystem Steine in den Weg. Häufig werden sie stigmatisiert, und die Erwartungen an ihre Leistungen sind gering. Folglich gibt es nicht nur von den leiblichen Eltern keine Unterstützung, auch Schule und Jugendhilfe werden nicht als hilfreich erfahren. Denn die Schule setzt voraus, dass sich die Eltern um den Bildungserfolg ihrer Kinder kümmern. Lehrkräfte sind oft überfordert mit den Herausforderungen von Kindern und Jugendlichen, die in stationären Hilfen leben. Ein Teufelskreis.

Doch gerade Kinder und Jugendliche, denen das Leben solche Startschwierigkeiten mit auf den Weg gegeben hat, brauchen besondere und gezielte Unterstützung. Von der Nachhilfe über einen Ort, wo man in Ruhe Hausaufgaben machen kann, bis zur Begleitung

auf dem Weg zu einem Studium oder einer Berufsausbildung. In der Praxis gibt es zum Beispiel sogenannte „Careleaver“-Projekte. Sie bieten Hilfen für junge Menschen im Übergang aus der stationären Jugendhilfe zu einem selbstständigen Leben, etwa durch Peer-Austausch, beim Schreiben von Bewerbungen, der Beantragung von BAföG oder dem Finden einer Wohnung. Während Careleaver-Projekte sich an junge Menschen ab 18 richten, setzen gezielte Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule bereits früher in der Bildungslaufbahn an – etwa durch Schulsozialarbeit oder die Entwicklung von Förderplänen für einzelne Kinder.

Solche und ähnliche Maßnahmen sind ein Korrektiv für die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der eigenen Herkunft. Nur durch sie kann Chancengleichheit auch für Heim- und Pflegekinder erreicht werden. Schrittweise kann es so den Kindern und Jugendlichen gelingen, in ihrer Schullaufbahn ihre Potenziale und Stärken zu entfalten und im Anschluss ein eigenständiges Leben zu führen.

24. Juni 2025 – Claudia Schwarz

Imagine

Solidarität statt
Gleichgültigkeit



Housing first – Für alle

In Großstädten wird nicht erst seit Kurzem fehlender Wohnraum bemängelt. Von der neuen Bundesregierung fordert Martina Luft deswegen eine umfassende Lösung zur Steigerung der Lebensqualität im Stand•PUNKT.

In Großstädten wird nicht erst seit Kurzem fehlender Wohnraum bemängelt. Die Sozialwissenschaftler Andrey Holm und Stephan Junker haben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung basierend auf dem Mikrozensus 2014 im Rahmen der Studie „Die Wohnsituation in deutschen Großstädten – 77 Stadtprofile“ von 2019 u.a. festgestellt, dass es eine Versorgungslücke mit Wohnraum i.H.v. 27,4 % deutschlandweit und bezogen auf Dortmund i.H.v. 21,9 % gibt. Dabei ist die Versorgungslücke bei den Haushalten mit Einkommen unterhalb des Einkommensmedians besonders groß.

Die Studie schlüsselt nicht auf, in welchen Eigentumsverhältnissen sich die Wohnungen befinden. Aus verschiedenen Quellen (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen; Savills und SoZonline) geht jedoch hervor, dass der überwiegende Teil der Miet- und Eigentumswohnungen im Besitz von Privatpersonen ist, die öffentliche Hand und Genossenschaften zusammen rund 20 % und die private Wohnungswirtschaft nur rund 13 % des Wohnungsbestandes halten – mit deutlichen Unterschieden in der Land-Stadt-Verteilung und je nach Bundesland. Wohnen ist ein unbedingtes Recht jedes Menschen. Auch wenn es in Deutschland in erster Linie aus der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip abgeleitet wird, also nicht namentlich im Grundgesetz steht, wird es

doch schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 im Art. 25 sowie im UN-Sozialpakt (Art. 11) genannt.

Sicheres Wohnen ist ein existenzielles Bedürfnis jedes Menschen. Dem stehen wirtschaftlich ein sich nicht vermehrbare Produktionsfaktor Boden sowie steigende Baukosten gegenüber. Wohnungen befinden sich zum Teil im Eigentum von Gesellschaften, deren erstes Ziel Gewinnmaximierung ist. Das gilt auch für manche Privatvermieter:innen. Eigentum ist grundgesetzlich gesichert; die ebenfalls grundgesetzliche Auflage, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein, scheint politisch schwer durchsetzbar. Boden und damit Wohnungen gewinnen an Wert, und zwar auch durch Anstrengungen der öffentlichen Hand, z.B. durch Verbesserung der Infrastruktur. Die Politik bietet einkommensschwachen Familien Wohngeld und Bauträgern finanzielle Unterstützung oder steuerliche Erleichterungen an.



Das Problem müsste jedoch umfassender angegangen werden.

1. Zuerst müsste geklärt werden: Gibt es Wohnungsnot oder nur einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum bei ausreichendem Wohnraum? Wenn ja: Kann dieser Wohnraum Wohnungssuchenden erschlossen werden durch politische Maßnahmen?
2. Bei der Stadtplanung muss bezahlbarer Wohnraum mit einer guten Infrastruktur favorisiert werden. Sozialer Wohnungsbau und genossenschaftliches Bauen müssen priorisiert werden.
3. Bei der Planung von Wohnraum sollten Wohnungen so gebaut werden, dass sie veränderten Wohnbedürfnissen Rechnung tragen. Wird aus einer 5-köpfigen Familie ein Paar, könnte die Wohnung so hergerichtet werden, dass sie sich durch Trennung verkleinern lässt und so Raum schafft für andere Personen. Modulbauweisen sind möglich!
4. Wohnungsvermietungen dürfen kein Modell zur Gewinnmaximierung sein. Der Markt richtet es nicht immer. Andere Eigentumsverhältnisse wie z.B. Genossenschaftsmodelle sollten politisch unterstützt und beraten werden. Die Maximierung von Gewinnen aus der Vermietung sollte gedeckelt werden.

Mitgedacht werden sollten auch nachhaltige Aspekte: Besser vorhandene Bebauungen nutzen als mehr Raum zu versiegeln und CO₂-schädliche Neubauten zu erstellen. Es muss ein Klima entstehen, in dem sich auch private Eigentümer:innen ihrer Verantwortung bewusstwerden und umsichtig handeln. Kirchen könnten freiwerdende Immobilien zu Wohnraum umwandeln

Letztlich wäre das ein Schritt für eine Steigerung der Lebensqualität insgesamt und käme allen zugute – denn desto größer die Unzufriedenheit ist, desto mehr leiden die Stadt- und Staatsgesellschaft und die Demokratie.

Eine Aufgabe für jede Person, die Wohnungen vermietet, für Städte, die Bebauungspläne aufstellen, für Bauleitplanungen, für Städteplaner:innen und Architekt:innen und auch für eine neue Bundesregierung!

20. März 2025 – Martina Luft

Solidarität heißt nicht Gefolgschaft, Freundschaft braucht Kritik

Israels Offensive nach dem 07. Oktober fordert tausende zivile Opfer. Kritische jüdische Stimmen fordern Verhandlungen statt Vergeltung. Kriegsverbrechen dürfen nicht relativiert – und nicht mit deutschen Waffen unterstützt werden, meint Andreas Fisch im Stand•PUNKT.

Direkt zu Beginn der israelischen Offensive auf Gaza – als Reaktion auf das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem über 1.100 israelische Bürger:innen ermordet und mehr als 200 Geiseln verschleppt wurden – stürmten Angehörige der Geiseln eine Regierungssitzung. Sie forderten keine Vergeltung, sondern Verhandlungen.

Die israelischen Historiker Moshe Zimmermann und Moshe Zuckermann – letzterer Sohn polnisch-jüdischer Holocaust-Überlebender – beschrieben schon im Mai 2023 die Netanjahu-Regierungskoalition volkstümlich als „voll und ganz rechtsorientiert“ (...), im Klartext: eine rechtsradikale Regierung, die eine rechtsextreme, rassistische Partei beherbergt, aber keine einzige Partei aus der sogenannten Mitte.“ Das Ziel dieser Regierung sei die Entmachtung des Obersten Gerichtshofs, um den Weg Richtung „Großisrael“ freizumachen. Zuckermann erinnerte an Deutschlands historische Solidarität mit Israel – und stellte deutlich klar: „Weiß man in Deutschlands politischer Klasse wirklich nichts von der jahrzehntelangen Barbarei des Okkupationsregimes? Dass man sich mit einem Land solidarisiert, das systematisch Völker- und Menschenrechte verletzt?“

Aus der Shoa erwächst eine besondere Verantwortung – ohne blind zu werden für völkerrechtswidriges Handeln. Es gibt keine Rechtfertigung, Jüdinnen und Juden in Deutschland oder anderswo für Israels Kriegspolitik verantwortlich zu machen. Genauso gibt es keine Rechtfertigung, Palästinenser:innen für Hamas-Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Am 1. November 2024 in New York wehrt sich Rabbi Dovid Feldman, deutlich als orthodoxer Jude erkennbar an Hut, Schläfenlocken und Gebetschal, in seiner Rede genau gegen das, was vorgeblich im Namen von Juden und im Namen seiner Religion getan wird.

Verbrechen sind mit guten Gründen selbst für so grausame Zeiten wie Kriegszeiten verboten worden. Wer Kriegsverbrechen relativiert oder aus Loyalität verschweigt, verliert die moralische Orientierung. Wer Waffen liefert, die dabei zum Einsatz kommen, macht sich mitschuldig. Kriegsverbrechen sollten offen und direkt beim Namen genannt werden, gerade bei den engsten Partnern. Die Wiederholung von Kriegsverbrechen muss verhindert werden. Die indirekte Unterstützung durch Waffenlieferungen sollte Deutschland umgehend unterlassen.

27. Mai 2025 – Dr. Andreas Fisch

Mythos des schnellen Reichtums

Warum das Versprechen auf schnellen und finanziellen Reichtum so verlockend wirkt – und was dahintersteckt, analysiert Fabio Zanolli im Stand•PUNKT.

Selbsternannte Finanz-Coaches verkünden im digitalen Raum, wie einfach es sei, mit geringsten Mitteln, dem richtigen Mindset und in kürzester Zeit finanziellen Reichtum zu erlangen. Begleitet von teils abstrusen Versprechen ködern sie all jene, die mit Sorge auf ihren Kontostand blicken. Doch wer hinter die Fassaden dieser Finanzversprechen blickt, erkennt, dass es sich zumeist um nicht deklarierte Werbeveranstaltungen für Trading-Plattformen und Online-Broker handelt – oder gar um sogenannte Schneeballsysteme. Die Versprechungen solcher „Coachings“ zielen vor allem auf eines ab: die Hoffnung auf schnellen Reichtum. Das Phänomen veranschaulicht, wie selbstverständlich sich der Leitsatz eines erstrebenswerten monetären Reichtums gesellschaftlich verfestigt hat. Die Assoziation von finanziellem Reichtum mit Freiheit und Glück scheint unangefochten.

Ein Mindesteinkommen bzw. -vermögen ist unabdingbar, um in einer von Geld geprägten Welt zu (über-)leben. Versprochen wird all jenen mit geringen Einkünften, auch sie könnten den schnellen „Aufstieg“ schaffen. Dass dafür teils das letzte Ersparnis investiert wird, um finanzielle Freiheit zu erlangen – die nur wenigen zuteilwird –, kann beim Verlust existenzbedrohend sein. Einige wenige prahlen öffentlich mit vermeintlicher Expertise, versprechen Unabhängigkeit in kürzester Zeit und bereichern sich an jenen, die kaum mehr haben, als sie zum Leben brauchen. Dabei

wäre es möglich, Vermögen so zu verteilen, dass der sorgenvoll prüfende Blick auf den Kontostand nicht zur Regel wird. Doch derzeit erscheint das Versprechen vom schnellen Geld vielen als größere Chance auf Unabhängigkeit. In Deutschland liegt über ein Drittel des Vermögens in den Händen des reichsten Prozents der Erwachsenen. Einen etwas geringeren Anteil teilen sich die ärmsten 90 Prozent. Nochmals: Ein Prozent besitzt so viel wie die unteren 90 Prozent zusammen. Kein Wunder also, dass viele sich fragen: Wie gelange ich an ein Stück des Kuchens, der mir bisher verwehrt blieb?

In einer Gesellschaft der Singularitäten scheinen alle den Kampf um Reichtum allein führen zu müssen. Doch wer ökonomische Sicherheit dem Einzelnen überlässt, macht soziale Verantwortung zum Spekulationsobjekt. Die Frage nach gerechter Verteilung ist keine Neiddebatte, sondern Ausdruck demokratischer Fürsorgepflicht. Es braucht eine politische Umkehr: weg von der Illusion individueller Selbstoptimierung, hin zu kollektiver Gerechtigkeit. Wie Martina Luft in ihrem Stand•PUNKT vom 20. November 2024 betont, wären eine angemessene Besteuerung von Einkommen und Erbe erste konkrete Schritte. Erst dann bleibt finanzielle Grundsicherung nicht länger dem Zufall oder dubiosen Versprechen überlassen.

11. Juni 2025 – Fabio Zanolli

Stand•PUNKT Klar. Sozial. Relevant.

Stand
PUNKT

Der sozialetische Kommentar der Kommende Dortmund beleuchtet im zweiwöchigen Rhythmus aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen. Unsere Dozentinnen und Dozenten beziehen persönlich Stellung, geben Orientierung und eröffnen neue Perspektiven auf Fragen, die uns als Sozialinstitut beschäftigen. Ein Stand•PUNKT analysiert dabei Hintergründe, benennt Konflikte und zeigt auf, welche Verantwortung Politik, Institutionen als auch jede und jeder Einzelne tragen. Der Stand•PUNKT lädt dazu ein, weiterzudenken und sich eine fundierte eigene Meinung zu bilden.

Alle zwei Wochen neu – immer donnerstags auf der Homepage der Kommende Dortmund.

Jetzt online lesen:
kommende-dortmund.de/standpunkte



Imagine

Klimagerechtigkeit statt Ignoranz



Tempolimit! Ja bitte! Und schnell!

„Nur“(!) 1,3 bis 4,2 Millionen Tonnen CO₂ würden bei einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen eingespart werden, so die Deutung einer aktuellen Studie durch das Bundesverkehrsministerium. Warum plädiert das Ministerium nicht für ein Tempolimit, fragt Detlef Herbers im Stand•PUNKT.

CO₂-Einsparungen durch ein Tempolimit fallen nicht so hoch aus, wie behauptet. So die Deutung einer aktuellen Studie durch das Bundesverkehrsministerium, die vor einigen Tagen präsentiert wurde. „Nur“(!) 1,3 bis 4,2 Millionen Tonnen CO₂ würden bei einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen eingespart werden, je nachdem, wie konsequent es eingeführt wird. Die aktuelle Studie kommt, wie betont wird, also zu anderen Ergebnissen als bisherige, etwa des Umweltbundesamtes.

Deutschland ist eines der ganz wenigen Länder weltweit, die kein Tempolimit auf Autobahnen kennen. Unter den (freiheitlich-demokratischen) Ländern Europas ist es das einzige. Dabei ist ein Tempolimit ein einfaches, unkompliziertes und schnell umsetzbares Instrument, um nennenswert sofort klimaschädliche Emissionen zu vermeiden. Und selbst wenn es geringere Einsparungen als von anderen Studien behauptet bringt: Die Verringerung von Millionen von Tonnen eines Treibhausgases, zumal ohne großen Kostenaufwand, ist doch nicht nichts. Was hindert uns also, wie alle anderen Länder auch ein Tempolimit einzuführen?

Schaut man sich die Meldung des Verkehrsministeriums näher an, so stellen sich weitere Fragen. Vergleichbare Studien gehen von anderen Annahmen aus – wie etwa einem Tempolimit von 120 km/h und die Berücksichtigung eines schärferen Tempolimits auf Bundes- und Land-

straßen ähnlich anderer europäischer Länder. Die Meldung berücksichtigt auch nicht weitere „Einsparungen“ durch ein Tempolimit bei den Feinstaubemissionen oder den Stickstoffoxiden. Die Niederlande haben 2020 das Tempolimit mit einzelnen nächtlichen Ausnahmen auf 100 km/h (!) gesenkt, um die viel zu hohen Stickstoffoxid-Emissionen einzudämmen.

Und weiter: Das Verkehrsministerium weist selbst darauf hin, dass neben dem Klimaschutz ein generelleres Tempolimit eine „bedeutende Rolle“ hat, um den Verkehrsfluss zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Eine zusätzliche schöne Aussage der Studie ist es, dass die Mehrheit angepasster und langsamer als früher unterwegs ist. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass kein Tempolimit eine Minderheit von Autofahrern schützt, die unverhältnismäßig viel zu schnell unterwegs sind.

Alles – auch die Studie selbst – spricht auf überzeugender Weise für ein Tempolimit. Und kein einziger Punkt erklärt, warum eigentlich nicht. Warum plädiert dann das Ministerium nicht für ein Tempolimit und streut Sand in die Augen? Zum Entsetzen der Klimaforscher:innen ist die Erderwärmung „sprunghaft“ um 0,3 Grad gestiegen, so eine andere Kurzmeldung dieser Tage. Zeit für ein Umdenken! Tempolimit jetzt!

03. April 2025 – Detlef Herbers

Klima-Auszahlungen: Eine Chance für soziale Marktwirtschaft?

Egal, ob Klimabonus oder Klimageld, der neuetablierte Entlastungsmechanismus muss dringend praktisch umgesetzt werden, um soziale Härten abzufedern, meint Gregor Christiansmeyer im Stand•PUNKT.

In den vergangenen Wochen geisterten einige „Schreckensmeldungen“ durch die Medien: In Mannheim soll in zehn Jahren die Gasversorgung eingestellt werden. Oder: Ab 2027 müsse ein Vier-Personen-Haushalt mit Mehrbelastungen von bis zu 1.000 Euro bei der Energieversorgung ausgehen. Gleichzeitig meldete die Deutsche Emissionshandelsstelle in dieser Woche, dass mit Instrumenten des europäischen und nationalen CO₂-Emissionshandels 2024 Rekord-einnahmen von insgesamt 18,5 Milliarden Euro generiert wurden.

Diese Einnahmen werden mit dem vorgesehenen Ansteigen der CO₂-Preise und der Einbeziehung von weiteren Sektoren in den Emissionshandel schrittweise zunehmen; besonders ab 2027 ist mit der politisch beschlossenen, wenn auch zum Teil wegen negativer Effekte kritisierten Ausweitung auf den Straßenverkehr und Gebäude, ein deutlicher Anstieg zu erwarten. Führende Klimaökonom:innen wie Ottmar Edenhofer, der auch Papst Franziskus zu Klimathemen berät, weisen allerdings schon seit vielen Jahren darauf hin, dass die CO₂-Bepreisung der kostengünstigste und effizienteste Weg zur Treibhausgasreduzierung sei. Dieser Ansatz setze starke marktwirtschaftliche Anreize für die Einsparung von Emissionen und ermögliche es dem Markt, eigenständig zu regeln, wo und wie diese Einsparungen ablaufen.

Dabei fordern Edenhofer und zahlreiche Politiker:innen (nicht nur) von Union über Grüne bis zur SPD regelmäßig, dass die bei der Einführung der Bepreisung angekündigte soziale Komponente umgesetzt wird: Ziel ist es, über einen Klimabonus (Union) bzw. ein Klimageld (SPD/Grüne) einen sozialen Ausgleich an die breite Bevölkerung auszubahlen. Eine Maßnahme, die bereits der Ampel-Koalitionsvertrag vorsah, die aber sowohl an der technischen Umsetzung als auch an der anderweitigen Verplanung der Einnahmen aus dem Emissionshandel scheiterte.

Im Sinn der sozialen Marktwirtschaft, die mit ihrem Verständnis einer sozialen Korrektur der reinen Marktkräfte Deutschland lange besonders geprägt hat, ist es höchste Zeit, dass den Ankündigungen nach der Bundestagswahl möglichst zeitnah (und nicht, wie es einige Konzepte vorsehen, erst 2027 oder später) Taten folgen zu lassen und mit Klima-Auszahlungen zu beginnen. Dies würde nicht nur den wirtschaftlichen Anreiz zur Energietransformation stärken, sondern auch gezielt wirtschaftlich schwächere Menschen unterstützen – etwa jene, die sich weder den Umzug in eine energetisch sanierte Wohnung noch den Umbau ihrer Heizungsanlage leisten können.

09. Januar 2025 – Gregor Christiansmeyer

Es geht um die Wurst! Gefahren lauern auch in der Bäckerei

Warum die EU-Regelung zur Veggie-Wurst geradezu nach einer Glosse verlangt und welche kuriosen Details dabei zutage treten, arbeitet Claudia Schwarz genüsslich heraus im Stand•PUNKT.

Endlich hat sich die EU einmal den drängenden Fragen dieser Welt angenommen und für ein Verbot der Bezeichnungen „Veggie-Wurst“, „Veggie-Burger“ und „Veggie-Schnitzel“ gestimmt. Schwere Zeiten warten auf die Lebensmittelindustrie. Dabei ist eine solche Entscheidung längst überfällig. Zu lange schon kaufen unbedarfte Bürger auf der Suche nach einem knackigen „Bockwürstle“ aus Versehen Soja oder Weizeneiweiß. Stünde „Wurstformähnliches Fleischersatzprodukt aus Erbsenprotein“ auf der Packung, wäre die Gefahr natürlich gebannt. Die Kaufzahlen würden – schon aus Marketinggründen – rapide abnehmen.

Doch bei dieser Entscheidung der EU darf es nicht stehen bleiben! Überall lauern Gefahren. Betrachten wir nur die Bäckertheke: Dort wartet ein „kalter Hund“ auf uns, der irreführenderweise nur eine Schokoladenfettschicht mit Keks dazwischen darstellt. Auch der „Bienenstich“ hält nicht, was er verspricht. Und Achtung: Die „Mohnschnecke“ ist gar keine Schnecke! Neben „Amerikanern“ und „Berlinern“ gibt es das Ciabatta „scharfer Grieche“.

Doch wer sich nach internationalem Austausch sehnt, hofft vergebens: Süßes und pikantes Gebäck trösten kaum über das Gefälle zwischen Erwartung und Realität hinweg. Ähnlich enttäuschend das vielversprechende „Nonnenfüzchen“: Lediglich ein in heißem Fett frittiertes Teigbällchen.

Es ist einfach nicht drin, was draufsteht! Ganz ehrlich: Was für ein „(Leber)käse“! Der besteht übrigens auch weder aus Leber noch aus Käse. In der Politik geht es um die Wurst. Gut, dass hier Prioritäten gesetzt werden. Wo kämen wir auch hin, wenn Seitenthemen wie Krieg in Europa, Klimawandel, Armut und Inflation auch noch Teil der politischen Debatte wären? Stattdessen sollten wir uns lieber auf die nächsten Namensverbote des EU-Parlaments freuen – damit wir auch beim Bäcker endlich das bekommen, was draufsteht!

10. Oktober 2025 – Claudia Schwarz

Impressum & Spendenhinweis

Wollen Sie unsere Arbeit unterstützen?
Wir sind auf Ihre Spenden angewiesen!



Kommende-Stiftung beneVolens

Pax-Bank für Kirche und Caritas e.G.

IBAN: DE05 3706 0193 1053 3461 18

BIC: GENODED1PAX

Verwendungszweck:

Spende, Name + Anschrift
(für Spendenquittung)

Die Kommende-Stiftung **beneVolens** engagiert sich seit vielen Jahren für sozial benachteiligte Jugendliche in Dortmund und Umgebung. Mit ihren Projekten hat Sie sich den Abbau von Ungerechtigkeiten im Bildungssystem zum Ziel gesetzt:



benevolens.de

Titelbild:
Unsplash.de, Clay Banks

Kommende Dortmund

Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn

Brackeler Hellweg 144

D-44309 Dortmund

Telefon: +49 231 20605-0

sozialinstitut@kommende-dortmund.de

Redaktion:

Martina Luft, Raphael Röwekamp und
Claudia Schwarz

Layout & Gestaltung:

Pia Spatz

Druck:

Druckerei Kurt Weiss, Lünen

Träger der Einrichtung:

